



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-32

Fernschreiber 039 890

P/VIII/206 - 4.9.53

Hinweise
auf den Inhalt:

Wahlhelfer Dulles	S. 1
Schweden und die deutschen Bundestagswahlen	S. 3
Einer Provokation aufgefressen? (Der Fall Solingen)	S. 4
Enttäuschte Kriegsgefangene	S. 5
Zur Leipziger Messe	S. 7
Botschaft an die jüdische Gemeinde in Deutschland	S. 9

Die Bundesrepublik - ein amerikanischer Wahlkreis?

(sp) Die massive Einmischung des amerikanischen Außenministers in den westdeutschen Wahlkampf zugunsten des Kanzlers und der gegenwärtigen Regierungsparteien ist eine herausfordernde Verletzung einfachster internationaler Anstandsregeln. Sie zeigt so deutlich wie nichts anderes zuvor, daß die Regierung in Washington von der Vorstellung ausgeht, die deutsche Politik habe so, wie in den letzten Jahren, auch in Zukunft nach den Bedürfnissen und Weisungen des State Departements zu verfahren, nicht aber nach den deutschen Lebensinteressen. Betrachtet die gegenwärtige USA-Regierung die Bundesrepublik als einen Wahlkreis Washingtons, sieht sie im deutschen Bundeskanzler und seiner Koalition ein verlängertes Exekutivorgan, so das Wort Schumachers vom Kanzler der Alliierten auf ihre Weise bestätigend?

Die Intervention, von der man annehmen muss, dass sie auf Veranlassung oder mindestens nach Absprache mit der Bundesregierung stattfand, kann aber sehr leicht, wie das italienische Beispiel zeigt, in das Gegenteil der beabsichtigten Wirkung umschlagen. Der ehemalige amerikanische Hochkommissar MacGloy hat in dem kürzlich erschienenen Buch "Die Aufgaben der amerikanischen Außenpolitik" u.a. gesagt: "Der amerikanische Vertreter im Aus-

land darf sich nicht in nationale Interessen einmischen und nicht zugunsten oder zuungunsten einer Partei oder Persönlichkeit eingreifen". Wieviel mehr noch trifft das für den Leiter der amerikanischen Aussenpolitik zu!

Neben diesen empörenden Wahlbeeinflussungsversuch, der vollkommen klar macht, was für ein Geschwätz das Gerede von der westdeutschen Souveränität ist, da man sich über die einfachsten Grundregeln der Achtung vor der Selbständigkeit einer anderen Nation hinwegsetzt, hat Dulles die Sowjetunion in einer Form angegriffen, die seine Absicht völlig klarwerden lässt, den politischen Effekt der einen Tag vorher veröffentlichten vernünftigen Westnote an die Moskauer Adresse, die offenbar gegen seine innere Einstellung zustande gekommen ist, zu torpedieren. Dulles will im Grunde seines Herzens keine Wiedervereinigung auf dem Wege von Verhandlungen und durch Interessenausgleich, er will sie eines Tages "erzwingen" - ein Wort, das in eben diesem Zusammenhang kürzlich auch der Sicherheitsbeauftragte Blank gebraucht. Adenauer aber ist der treueste Gefolgsmann dieses amerikanischen Aussenministers, dazu hat er sich selbst wiederholt bekannt und er ist stolz darauf.

Vollkommen gleichgültig ist es in diesem Zusammenhang, ob die Vorwürfe, die Dulles gegen die Sowjets und ihre Politik erhoben hat, berechtigt sind oder nicht. Gerade darin lag ein wesentlicher Vorzug der letzten Note der Westmächte, dass sie die Fortsetzung der beiderseitigen unfruchtbaren Polemik vermied. Der massive Dulles-Vorstoss gegen die Sowjetunion gerade in diesem Augenblick ist der bisher schlüssigste Beweis dafür, dass die amerikanische Aussenpolitik, soweit sie durch Herrn Dulles repräsentiert wird, den Weg der militärischen Stärke, des Kreuzzuges und einer Behinderung aller Ansätze für eine Lösung der Wiedervereinigungsfrage auf friedliche Weise weiterzugehen beabsichtigt. Und in der Bundesrepublik ist, wie gesagt, Adenauer der Repräsentant dieser amerikanischen Politik.

Zwei Tage vor der Wahl liess sein Propagandaamt eine 30 Seiten umfassende Bilderschrift "Freiheit in Uniform" verbreiten, die eine einzige Verherrlichung des Taffentragens ist. Natürlich wird auch diesmal wieder - was hätte man das nicht erlebt? - die Verteidigung des Friedens als der Ausgangspunkt für diese "bittere Notwendigkeit" genannt. Aber jede deutsche Wiederbewaffnung ist, solange Deutschland gespalten ist, eine Gegeneinanderbewaffnung deutscher Männer, und deshalb muss der Weg der Verhandlungen bis zur letzten Möglichkeit ausgeschöpft werden. Vor und unmittelbar nach der Machtübernahme durch den Nationalsozialismus warnten die Sozialdemokraten: Hitler ist der Krieg! Sechs Jahre später bekamen sie recht. Das damalige Regime steuerte, heute ist das historisch belegt, auf den Krieg hin. Niemand wird sagen wollen, dass Adenauer und seine Regierung den Krieg wollen. Aber er hat schon oft am Rande einer Politik gestanden, die dieses Ziel nicht wollte. Daran sollten die Menschen denken, wenn sie am Sonntag ihre Stimme abgeben.

+

+

+

- 3 -

Adenauers Methoden aus schwedischer Sicht

H.K. - Stecklein

Die größte sozialdemokratische Tageszeitung Schwedens, "Arbetet" in Malmö, beschäftigt sich in ihrer Ausgabe vom 1. September mit Adenauers Propagandamethoden. Unter der Überschrift "Neutrale und Neutrale im deutschen Wahlkampf" weist die Zeitung zunächst auf den Versuch des Bundeskanzlers hin, die Zeitung des Deutschen Gewerkschaftsbundes mit der Behauptung einzuschüchtern, daß der Wahlauftrag des DGB "Wählt einen besseren Bundestag" ein Vorstoß gegen die politische Neutralität der Gewerkschaftsbewegung sei. Die schwedische Zeitung verzeichnet die Tatsache mit Genugtuung, daß diese Einschüchterungsversuche, verbunden mit der Drohung, die Gewerkschaften zu spalten, keinerlei Ergebnis hatten. Hingegen weist Adenauer mit keinem Worte darauf hin, daß sich die politische Neutralität der Arbeitgeberverbände in großen Zuwendungen an die Wahlfonds der Bonner Regierungsparteien äußerte.

Besonders verstört ist die schwedische Zeitung über die auf Brieftäuschungen beruhenden Beschuldigungen, die SPD habe Wahlfondsgelder vom DGB und von der "Arbeiterwohlfahrt" erhalten. Das Blatt schreibt u.a.:

"Adenauer ist ja nicht nur Parteichef, sondern auch Regierungschef. Daß ein Mann in so hoher Stellung solche Methoden anwendet, ehrt ihn ebenso wenig wie es der jungen deutschen Demokratie nützt".

Das Blatt schließt:

"Bei der Bundestagswahl 1949 gab es eine große neutrale Gruppe, nämlich die beinahe 40 Prozent der Nichtwähler. Zu dieser Gruppe gehörte vor allem die Jugend. Diese "Neutralen" zur Wahlurne zu bringen, ist eine große Aufgabe. Es ist die Frage, ob Adenauers bedenkliche Methoden oder die klare und sachliche Haltung der Opposition das Ohr dieser "Neutralen" und bei der Masse im übrigen gewinnen wird. Diese Masse leidet trotz dem "deutschen Wirtschaftswunder" Not und Entbehrungen. Die Wahlurne des DGB, einen vom Gesichtspunkt der Lohnempfänger besseren Bundestag zu wählen, ist darum mehr als berechtigt".

Die zweitgrößte konservative Zeitung Schwedens, "Sydsvenska Dagbladet", wies in ihrer Ausgabe vom 30. September darauf hin, daß ein Sieg der Regierungskoalition dazu führen würde, dem selbstbewußten Herrn Adenauer zu noch selbstherrlicherem Auftreten zu bestimmen.

und also Deutschland ohne die geringste Rücksichtnahme auf das Ganze zu regieren, will sagen ohne jede Rücksichtnahme auf die Opposition oder andere Meinungen als seine eigenen.

Man sieht: Sowohl die Links- wie die Rechtskreise in Schweden sind von der demokratischen Vortrefflichkeit des Bundeskanzlers keineswegs überzeugt.

+ + +

Die Kommunisten und der Kanzler

(sp) Nach uns vorliegenden Informationen herrscht in der nächsten Umgebung des Bundeskanzlers eine zunehmende Bestürzung über die Folgen der von Dr. Adenauer leichtfertig erhobenen Beschuldigung, zwei sozialdemokratische Funktionäre hätten angeblich Gelder aus der Sowjetzone zur Wahlfinanzierung der SPD erhalten. Inzwischen sind Einzelheiten über die Vorgeschichte dieser wohl einmaligen Diffamierung bekannt geworden, die ein geradezu erschreckendes Bild auf die Verantwortungslosigkeit des deutschen Bundeskanzlers werfen.

Das Gerücht über die angeblichen Geldzuweisungen aus der Sowjetzone an die SPD-Mitglieder Schroth und Scharley wurde dem Personalchef im Bundeskanzleramt, Ministerialdirektor Globke, zugetragen. Adenauer griff dieses Gerücht auf und machte in seiner Frankfurter Rede und in seinem Brief an den SPD-Vorstand eine Tatsache daraus, obwohl er und seine Umgebung nicht über das geringste Material verfügten, getreu dem Grundsatz, etwas werde schon hängen bleiben.

Als sich diese Affaire zu einem auch von vielen CDU-Mitgliedern als recht peinlich empfundenen Rechtskandal ausweitete, wurde der Staatssekretär Lenz beauftragt, Beweismaterial "so oder so" herbeizuschaffen. Lenz reiste inkognito nach Berlin, um "geeignete Dokumente" zu bekommen - offensichtlich aber ohne Erfolg.

Alles deutet darauf hin, daß die Umgebung des Bundeskanzlers und Dr. Adenauer selbst auf eine raffiniert ausgeklügelte kommunistische Provokation hereingefallen ist, wenn man ein Zusammenspiel ausscheiden will, wofür allerdings auch äußere Umstände sprechen.

In dem Wahlkreis Solingen, wo der vom Bundeskanzler fälschlich beschuldigte Sozialdemokrat Schroth kandidiert, hätten die Kommunisten

die einzige, wenn auch hier nur sehr schwache Chance in der Bundesrepublik, ein Direktmandat zu erhalten. Sie können damit die Kürde der Fünfprozent-Klausel umgehen. Ihr Spitzenkandidat Reimann hat alles Interesse daran, seinen Gegenspieler Schroth zu disqualifizieren - aber auch der Bundeskanzler, dem es gar nicht unlieb sein kann, auch im nächsten Bundestag eine kommunistische Gruppe zu haben. Über der KP schwebt das Verbot durch das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe. Für Ende Oktober sind die Verhandlungen angesetzt. Eine verbotene KP würde die Bundestagsmandate verlieren. Die Frage, ob diese Mandate an andere Parteien vergeben würden oder ob sie ganz wegfallen, ist noch offen. Aber Adenauer könnte in einem um die Zahl der KP-Mandate verkleinerten Bundestag leichter hoffen, eine Mehrheit zu erhalten.

Es wäre nicht das erste Mal, daß eine bürgerliche Koalition die Geschäfte der Kommunisten und die Kommunisten die Geschäfte der bürgerlichen Koalition besorgt. Ein solches Zusammenspiel trug entscheidend zum Untergang der Weimarer Demokratie bei.

+ + +

Die letzte Enttäuschung für die ehemaligen Soldaten

F.B. Das Bundeskabinett hat am Dienstag seine letzte Sitzung abgehalten; nach dem 6. September wird es bis zur Neubildung der Regierung noch in geschäftsführender Funktion amtieren, das heisst, es kann dann keine Massnahmen von Rang und Bedeutung beschliessen. Noch die letzte Sitzung der Regierung Adenauer war eine grosse Enttäuschung, vor allem für alle ehemaligen deutschen Kriegsgefangenen. Dr. Adenauer hat das Heimkehrer-Entschädigungsgesetz nicht unterzeichnet.

Schon die Vorgeschichte des Zustandekommens dieses Gesetzes brachte für die ehemaligen Soldaten und Kriegsgefangenen eine Kette von Enttäuschungen. Die Heimkehrerverbände, die die grösste Initiative entwickelten, haben es offen ausgesprochen und in ihrem Organ "Der Heimkehrer" bestätigt, dass sie nur von sozialdemokratischer Seite vollunterstützt wurden. Die Abgeordnete Frau Probst von der CDU hingegen wollen sie wegen mangelnder Berücksichtigung ihrer Interessen aus dem Verband ausschliessen. Wir erinnern uns auch daran, dass die Regierungsparteien ihre Unterschriften unter dem zunächst

gemeinsam eingebrachten Gesetzwurf zurückgezogen, und darunter befand sich auch der Abgeordnete Dr. Mende, der seinen ganzen Wahlkampf mit seinem angeblichen Einsatz für die ehemaligen Soldaten bestreitet. Erst in letzter Minute haben die FDP und die DP den Gesetzentwurf der SPD kopiert und lediglich die Entschädigungssätze nicht in Tages-, sondern in Monatssummen ausgedrückt.

Das alles aber kann noch verziehen werden, denn schliesslich wurde das Gesetz im Bundestag mit grosser Mehrheit verabschiedet, und auch der Bundesrat hat ihm seine Zustimmung gegeben. Zu einem Gesetz, das den ehemaligen Kriegsgefangenen nach dem 1.1.1947 eine Entschädigung von 1 M pro Tag zubilligt und für die ehemaligen Kriegsgefangenen, die nach dem 1.1.1949 noch nicht in die Heimat zurückgekehrt waren, 2 M pro Tag als Entschädigung vorsieht. Wahrhaftig, ein bescheidenes Gesetz, denn ein Tag Kriegsgefangenschaft mit Leid, Hunger und Ausbeutung kann man schwerlich mit einer oder zwei D-Mark vergessen machen.

Wer geglaubt hat, dass das Gesetz nun endlich Wirklichkeit werden würde, der wurde bitter enttäuscht. Tag um Tag und Woche um Woche vergingen, die Bundesregierung dachte nicht daran, das Gesetz auszufertigen und dem Bundespräsidenten zur Unterschrift vorzulegen. Als die Heimkehrerverbände den Bundeskanzler auf einer Delegiertentagung in Dortmund daran erinnerten - es war am gleichen Tage, an dem der Kanzler seinen Wahlfeldzug begann - erklärte er ihnen wörtlich im Goldsaal der Westfalenhalle: "Besorgnisse in dieser Frage sind nicht notwendig".

Wie berechtigt die Besorgnisse der Heimkehrerverbände waren, hat sich in diesen Tagen gezeigt. Trotz der dringenden Telegramme von fast allen Landesverbänden hat das Kabinett auf seiner letzten Sitzung das bereits beschlossene Gesetz sabotiert. Die Bemühungen der SPD sind damit von einer Regierung zunichte gemacht worden, die vom deutschen Volk neue Soldaten und grosse finanzielle Opfer fordert, die aber nicht bereit ist, die Opfer und Leiden der ehemaligen Soldaten wenigstens halbwegs zu entschädigen.

+ + +

Berichtigung:

In unserer Ausgabe P/VIII/205 v. 3.9. bitten wir bei Abdruck des Artikels "Die Partei des Satans" v. Pastor Heinrich Albertz, auf Seite 3, im zweiten Absatz den nachfolgenden Satz um die unterstrichenen Worte zu ergänzen: "...Aber es muss um der Wahrheit willen festgestellt werden, dass die Evangelische Kirche als solche - wenn man von den sehr verschiedenen Stellungnahmen einzelner kirchlicher Amtsträger absieht - in diesem Wahlkampf ihre politische Neutralität vorbildlich durchgehalten hat". B.Röd.

+ + +

Ungelöste Probleme im Interzonenhandel

- o - Am 30. August wurde in Leipzig die einstmals berühmte und traditionsreiche Leipziger Messe eröffnet. Wie in jedem Jahr so haben auch diesmal die Machthaber der Sowjetzone nicht versäumt, in ihren Ansprüchen und Begrüßungsartikeln mit dem Blick auf den Westen die angeblich großen Möglichkeiten für die Bundesrepublik im Interzonenhandel und über die Sowjetzone hinweg im Handel mit den Staaten des Ostblocks zu preisen. Die Tatsache, daß in diesem Jahr die Zahl der westdeutschen Aussteller in Leipzig zugenommen hat, wurde von den Propagandisten als ein Beweis für die Richtigkeit ihrer Behauptungen angeführt.

Leider kommt diesen Erklärungen nur ein geringer Wert zu. Die Erfahrungen im Interzonenhandel und auch im Gethandel, soweit er über die Sowjetzone abgewickelt wurde, haben gerade in den letzten Monaten zu recht betrüblichen Feststellungen geführt. Obgleich von westdeutscher Seite ausreichende Bezugsgenehmigungen erteilt wurden, flossen die sowjetzonalen Lieferungen nur spärlich. Die Lieferbereitschaft und die Lieferfähigkeit der Sowjetzone waren nicht eben groß. Es ist müßig, in diesem Zusammenhang die Abrechnungen auf den einzelnen Konten gegenüberzustellen, sie ergeben in fast jedem Fall einen Überschuß der westlichen Lieferungen, und die Verschuldung der Sowjetzone hat Mitte August nach einem vorübergehend fast ausgeglichenen Stand wieder 9 Mio Verrechnungseinheiten erreicht. Und das trotz Erhöhung der Swingsgrenze um 20 auf 40 Mio Verrechnungseinheiten. Wenn Otto Grotewohl daher von einer Erhöhung des Interzonenhandelsvolumens für 1954 auf eine Milliarde Verrechnungseinheiten spricht, wenn sowjetzonale Zeitungen sogar Vorschläge von 2 Mrd. Verrechnungseinheiten machen, so muß man diese Erklärungen leider - und dieses "leider" kann gar nicht stark genug betont werden - in die Welt der Propaganda verweisen.

Es ist klar, daß die Lieferfähigkeit der Sowjetzone durch ihre verfehlte Wirtschaftspolitik in weitem Maße eingeschränkt wird. Hinzu kommen die Außenhandelsverpflichtungen, die Mittelddeutschland gegenüber den Ostblockstaaten eingehen mußte, und die die industriellen Kapazitäten in diesem Teil Deutschlands praktisch für andere Aufgaben lahmlegte. Außerdem wird noch immer von Seiten der sowjetzonalen Machthaber

mehr Wert auf bestimmte Güter meist harter Art gelegt, die aus den verschiedensten Gründen nicht in der geforderten Menge von Westdeutschland bereitgestellt werden können. Die ersten Monate des sogenannten "Neuen Kurses" haben auch darin keinen grundsätzlichen Wandel gebracht, wenn auch vorübergehend eine gewisse Schwerpunktverlagerung bei den Bezugswünschen zu verzeichnen war.

Zu diesen Schwierigkeiten gesellen sich die mehr oder minder stark vorhandenen offiziellen und inoffiziellen Vorbehalte auf westlicher Seite, die einer Ausdehnung des Interzonenhandels entgegenstehen. Die erst vor wenigen Tagen in Solingen in Anwesenheit des sowjetzonalen Interzonenhandelsfachverständigen Orlopp durchgeführten Besprechungen mit Vertretern der westdeutschen Schneidwarenindustrie ergaben eine Reihe von Beschwerden der Wirtschaft über die Abwicklungsverfahren in Westdeutschland. Man trat für eine Vereinfachung und Beschleunigung in der Erteilung von Warenbegleitscheinen durch die zuständigen Stellen der Bundesrepublik ein und forderten eine größere Elastizität im Interzonenhandel. Diese Kritik erscheint durchaus berechtigt, wenn man bedenkt, daß gerade im Juni und Juli die geringen Möglichkeiten einer Hilfe für die Bevölkerung Mittelddeutschlands infolge der Starrheit des Handelsverfahrens nicht voll ausgenutzt werden konnten.

Hier werden durchgreifende Änderungen bei den im Herbst beginnenden neuen Besprechungen für das Interzonenhandelsabkommen 1954 unbedingt angestrebt werden müssen. Der schon häufig erhobene Vorwurf gegenüber der bisherigen Bundesregierung, auch im Interzonen- und Osthandel zu wenig Initiative zu entwickeln und von Ideenlosigkeit gerade zu geschlagen zu sein, kann nicht oft genug wiederholt werden. Die Hoffnung auf eine Änderung ist auf das engste an die Voraussetzung einer neuen Bundesregierung geknüpft, von der der Interzonenhandel als ein wichtiges Glied der Politik der Einheit Deutschlands in Freiheit angesehen wird.

+ + +

Frei von Furcht und Not

Aus Anlass des am 10. September beginnenden Neujahrs- und Versöhnungsfestes der Juden sandte der Vorsitzende der SPD, Erich Ollenhauer, an die jüdische Gemeinde in Deutschland folgende Botschaft:

Die jüdischen Menschen in Deutschland begehen ihr Versöhnungsfest und den Beginn des Neuen Jahres in einer Zeit des Kampfes für die Erhaltung und Sicherung der Freiheit und der Menschenwürde. Die Grasse dieser Aufgabe in Deutschland ist auch wieder sichtbar geworden bei der Diskussion über die moralische Verpflichtung der Wiedergutmachung an den Opfern des Nationalsozialismus. Für die Sozialdemokratische Partei war es eine Selbstverständlichkeit, besonders auch den jüdischen Menschen zu ihrem Recht zu verhelfen und ihnen die Entschädigung zu sichern, die sich nach dem Raub- und Mordzug der Nazis gegen die Juden als Verpflichtung für das deutsche Volk ergibt.

Wenn unsere Partei dem in aller Eile verabschiedeten Bundesentschädigungsgesetz zugestimmt hat, so nur aus der Überlegung heraus, dass es unerträglich gewesen wäre, acht Jahre nach dem Zusammenbruch selbst diese absolut unzulängliche Hilfe noch weiter den Menschen vorzuenthalten, die vor allen anderen einen berechtigten Anspruch darauf haben.

Das ungeheure Leid, das der Nationalsozialismus dem jüdischen Volk zugefügt hat, kann nicht durch materielle Zuwendungen wieder gutgemacht werden. Notwendig ist vielmehr ein Gesinnungswandel, eine positive Einstellung zu den demokratischen Grundsätzen der Menschenwürde und der Toleranz, die den Überlebenden Juden in Deutschland das Gefühl der Geborgenheit geben und das deutsche Volk davor bewahren wird, dass sein Name wieder durch einen Rückfall in die Barbarei geschändet wird.

Diese Festtage sind ein willkommener Anlass, erneut zu versichern, dass meine Freunde und ich alles in unseren Kräften Stehende tun werden, um diese Grundsätze und Ziele zu verwirklichen. In diesem Sinne wünsche ich unseren jüdischen Mitbürgern ein glückliches und friedliches Neues Jahr, frei von Furcht und Not!

Verantwortlich: Peter Raunau